

Pascha an, sein Heer über den Bosphorus nach Thrazien zu schaffen. Gleichzeitig läßt man Sir Urquart auf die Ratifizierung des Konzessionsvertrages warten und veranlaßt Krasin, sich in London nach einer Anleihe umzusehen. England kann ohne Zweifel Krieg oder Frieden haben, je nachdem, ob es nunmehr Rußland de jure anerkennen will oder nicht — zumal die englische Sperre des Bosphorus von Kemal Pascha wohl im gemeinsam türkisch-russischen Interesse bald schon aufgehoben sein wird. In diesem Punkte kann Rußland nicht nachgeben, denn der Wiederaufbau könnte nie eingeleitet werden, wenn die Dardanellen immer wieder gesperrt werden können; diese wirtschaftlich ausschlaggebende Notwendigkeit für den ganzen russischen Süden und den

Kaukasus, überragt alle meisterhaften diplomatischen Kombinationen, denn es ist wieder ein Fall, der die Existenz des Sowjetstaates berührt und dann sind die Sowjetleute stets noch sehr zäh gewesen. Aber ist dieses erst erreicht, so kann aus allen Möglichkeiten neuer Orientkriege und einer Revolutionierung ganz Asiens leicht ein diplomatisches Spiel um Anleihen und Wirtschaftsverträge, ein neues Kapitel der Diskussion über Rußlands Wiederaufbau werden. Absolut, endgültig, starr ist nichts am Sowjetsystem und dieses kann daher neue Wandlungen erfahren, die wiederum den Anschein erwecken, als sei die Sendung des proletarischen Rußland von Anbeginn in neuen, anderen Formen von seinen Führern vorgedacht gewesen.

*Dr. Hans von Eckardt*

## Die Wiedervereinigung der Sozialdemokratie

Am Sonntag, dem 24. September 1922, wurde der Zusammenschluß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der früheren Mehrheitssozialdemokratie, mit der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei auf der Nürnberger Tagung vollzogen. Diesem Einigungsparteitag sind die letzten Parteitage der alten Parteien in Augsburg und Gera vorausgegangen, auf welchen die Einigungsbeschlüsse zustande gekommen waren. Freilich handelte es sich auch bei diesen mehr um formelle Vorgänge, als um neue Entscheidungen. Nach dem Beschluß vom Juli des Jahres, der die Arbeitsgemeinschaft der beiden sozialdemokratischen Parteien und insbesondere ihrer Reichstagsfraktionen begründet hatte, und in dem die Absicht zur völligen Verschmelzung ausgesprochen war, blieb diese Vereinigung doch nur eine Frage der Zeit und der offiziellen Sanktionierung durch einen gelegentlichen Mehrheitsbeschluß.

Immerhin ist beachtenswert, wie stark sich der Wille zur Einigung dokumentierte. Auf dem Parteitag der Mehrheitssozialisten ging der Beschluß einstimmig durch, und was dieser Einhelligkeit noch einen ganz besonderen Nachdruck gab, war die Tatsache, daß der Parteitag unmittelbar vorher auf eine spontane Anregung hin in zweimaliger Abstimmung mit großer Mehrheit, gegen den ausdrücklichen Willen der Parteileitung, jede Diskussion über die Verschmelzung abgelehnt hatte. Der entsprechende Beschluß kam auf unabhängiger Seite gegen eine geringe Minderheit von 9 Stimmen zur Annahme, während sich unmittelbar vorher nur 7 Mitglieder für den Antrag der Opposition Ledebour eingesetzt hatten, der die Aufrechterhaltung der Partei als der einzigen revolutionär-sozialistischen forderte. Die Abstimmung geschah unter dem starken Eindruck einer Erklärung Rosenfelds, der, obwohl bis zuletzt in der Opposition, nun doch seine Bereitschaft zur Mitarbeit in der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei ankündigte, da ihm auch in dieser die Aufrechterhaltung der Politik und der Ziele seiner bisherigen Partei gewährleistet erschiene.

Unter Führung von Ledebour und Liebknecht hat sich einige Zeit später eine kleine Gruppe von Politikern als Nachfolgerin der Unabhängigen Partei konstituiert. Ihre Gefolgschaft ist verschwindend klein: so haben sich die Parteimitglieder der starken Ortsgruppen Berlin und Leipzig der USPD einstimmig oder fast einstimmig für die Verschmelzung erklärt, was für die Stimmung der Parteizugehörigen charakteristisch erscheinen mag.

Die Parteizeitung der Unabhängigen, die „Freiheit“, hat zu Ende September ihr Erscheinen eingestellt; der „Vorwärts“ wird so die einzige parteiamtliche Zeitung der vereinigten Partei.

Die Einigung vollzieht sich auf der Grundlage eines Ak-

tionsprogrammes, das die unmittelbaren Aufgaben der Tagespolitik in den Vordergrund stellt, ohne die großen grundsätzlichen Fragen der „hohen Theorie“ zu berühren, über die in einem neuen Parteiprogramm neue Kompromißformeln zu schaffen sind. Ein wenig verloren, ohne rechten organischen Zusammenhang mit den folgenden Sätzen, in denen man eine weitere Ausführung über Mittel und Wege vergeblich sucht, steht in diesem Aktionsprogramm das bedeutungsvolle — wenigstens für die sozialistische Ideologie der letzten Jahre so bedeutungsvolle — Wort vom „Klassenkampf“. Dafür fehlen aber jene Programmpunkte, die bislang zum eisernen Bestand einer jeden programmatischen Äußerung der Unabhängigen gehörten: die Betonung des revolutionären Charakters, der Hinweis auf die Weltrevolution, die Forderung nach der Diktatur des Proletariats und dem politischen Rätssystem. — Im wirtschaftlichen Teil des Programms ist die Forderung nach der Sozialisierung der Schlüsselindustrien, insbesondere des Bergbaus, stehen geblieben. Unmittelbare Beteiligung des Reichs an den Erträgen der kapitalistischen Unternehmen, Kontrolle der privatwirtschaftlichen Monopole, Erfassung der Valutagewinne der Ausfuhr, Finanzreform auf der Grundlage der Quellenerfassung sind weitere wichtige Programmpunkte. In der Sozialpolitik steht die Verteidigung des Achtstundentages, der Ausbau des gewerblichen Arbeiterschutzes und die Ausgestaltung des wirtschaftlichen Rätessystems, sowie die Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechtes obenan.

Alles in allem kann man sagen, daß die mehrheitssozialistische im wesentlichen revisionistische Einstellung einen vollen Sieg über die Auffassung der Unabhängigen davongetragen hat: ein neuer bedeutender Schritt auf dem Wege der Entradikalisierung der Linksparteien ist getan. Es genügt, daran zu erinnern, daß mit den Unabhängigen jene Gruppe von Politikern um Levi in die Vereinigte Partei überkommt, die bis zum mitteldeutschen Märzaufruf im Jahre 1921 der Kommunistischen Partei angehört haben, um zu erkennen, wie stark die Wandlung ist.

Der Zusammenschluß wurde durch die Bildung der proletarischen Einheitsfront eingeleitet, die im Juni des Jahres unmittelbar nach Rathenaus Ermordung zustande kam. Er trägt heute noch, wie von Anfang an, durchaus den Charakter einer Verteidigungsmaßnahme. Zwei Ereignisse aus den letzten Tagen vor der Einigung bedeuten empfindlich Rückschläge für die Sozialdemokratie. Es ist das der Beschluß des sächsischen Landtags, der seine eigene Auflösung mit den Stimmen der Bürgerlichen und der Kommunisten beschloß, welche letztere damit endgültig die bisherige Unterstützung der sozialistischen Minderheitsregierung auf-

sagten; und es ist weiterhin die schwere Niederlage der beiden sozialdemokratischen Parteien in den Kreis- und Gemeinderatswahlen des Landes Thüringen, dessen Regierung, auf eben solchen Mehrheitsverhältnissen wie in Sachsen basierend, damit in ihrem Fortbestand bedroht erscheint. Die Berichte der Parteileitungen auf beiden Tagungen meldeten einen Rückgang der Mitgliederzahl und sprachen von finanziellen Schwierigkeiten im Parteiapparat und bei der Aufrechterhaltung der Parteipresse. Die Lage der Unabhängigen Partei erschien danach einigermaßen ungünstig. Sie hat sich von dem Schlag aus den Oktobertagen 1920, wo der Parteitag zu Halle ihre Spaltung und die Abwanderung von Führern und Massen nach den Kommunisten hin brachte, nie wieder erholen können. Ihre Massenwirkung war seitdem gebrochen. Sie hatte geglaubt, die Vermittlerin, die Sammelpartei der Linken abgeben zu können, aber sie erlebte nur in ihrem Inneren die Kämpfe zwischen den zu einer Regierungskoalition mit bürgerlichen Parteien bereiten Opportunisten und den überzeugten Anhängern des „alten“ (von 1919 stammenden) Leipziger Programms, welche unentwegt die Räteherrschaft und die Diktatur des Proletariats postulierten. Die lebendigen Strömungen zeigten sich stärker als die verlockende Theorie vom goldenen Mittelweg. Auch als die Gruppe um Levi, unzufrieden mit den putschistischen Praktiken der damaligen Vereinigten Kommunist. Partei aus dieser zu den Unabhängigen zurückkehrten, kamen nur Führer ohne Soldaten herüber. Es ist seltsam: die USPD hatte eigentlich für ihre Agitation die stärksten Trümpe in der Hand, sie bildete den Ausgleich zwischen dem Rechtssozialismus, der — nach ihrer eigenen Darstellung — die wahre marxistische Lehre in unzähligen Kompromissen mit der Bourgeoisie unzählige Male verraten hatte, und den terroristischen Sowjetmännern: trotzdem fehlten ihr die Erfolge. Die Mehrheitssozialdemokratie aber, gegen deren Politik vom Standpunkt des reinen Marxismus wie der naiven Stimmungspolitik Erhebliches eingewandt werden konnte, setzte sich durch.

Die Mehrheitssozialdemokratie gewinnt durch die Einigung erheblich an Einfluß und Prestige; Kräfte werden frei, die sich bisher in dem Bruderkampf verzehrten. Doch fehlt es auch nicht völlig an warnenden Stimmen, die ein Wiederaufflammen der inneren Meinungskämpfe, ein Absinken ins Negieren, befürchten — und damit eine Minderung der Aktionskraft der Partei wie gleichzeitig eine Erschwerung und Verhinderung der bisherigen Koalitionspolitik. Immerhin sind diese Meinungen erheblich in der Minderzahl und treten vorerst nicht sonderlich hervor.

Das Aufgehen der Unabhängigen in der alten Partei wirkt über Deutschland hinaus: Die „Internationale 2½“, die Internationale Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien in Wien, Friedrich Adlers Gründung, hat den Beschluß sanktioniert und kündigt ihrerseits ihre Bereitschaft an, mit der zweiten Internationale über eine Verschmelzung zu verhandeln. Es ist dies freilich nur die praktische Auswirkung der Tatsache, daß in den internationalen Organisationen der Gewerkschaften und Parteien, abgesehen von der dritten, der kommunistischen Internationale, die deutschen Gruppen die stärksten Bestandteile, wenigstens der Zahl nach, sind — wenn schon ihr Einfluß bis jetzt, dank der deutscheindlichen Haltung in der Mehrzahl der ausländischen Parteien, dem nicht entsprach.

Von größtem Interesse ist die Frage, welche Stellung die neue vereinigte Partei gegenüber den Kommunisten einerseits, den bürgerlichen Parteien andererseits einnehmen wird. Zweimal innerhalb weniger Wochen ist der Versuch, eine Einheitsfront des Proletariats auf den Marsch zu brin-

gen, gescheitert: sowohl das Bestreben der Internationalen, einen Weltarbeiterkongreß zusammenzubringen, wie jenes der deutschen Parteien und Gewerkschaften, sich, nach dem Rathenau-Mord, zu einer Aktionsgemeinschaft gegen die Reaktion zusammenzuschließen. Die Kommunisten waren an einer ehrlichen Verständigung nie interessiert; Rücksichten auf die Außenpolitik Rußlands haben bei ihnen stets eine erhebliche, vielleicht die entscheidende Rolle gespielt; die Politik der Internationale war Mittel zum Zweck, von taktischen Rücksichten geleitet. Und die Haltung der Kommunistischen Partei Deutschlands, die sich in ihrem offiziellen Namen als Sektion der dritten Internationale bezeichnet, hat nie den Ehrgeiz besessen, eine andere als die von Moskau vorgeschriebene Haltung auch nur in Erwägung zu ziehen. — Die sozialistischen Parteien aber konnten sich bei den unveränderten bekannten Agitationsmethoden der Kommunisten, deren Ziel die skrupellos durchgeführte Verdrängung der Bruderparteien und die Zersetzung der Gewerkschaften immer gewesen ist, um so weniger von einem gemeinsamen Vorgehen versprechen, als sie fürchten mußten, sich bei einer vorerst unübersehbaren Aktion nach beiden Seiten hin, gegenüber ihren Wählern wie auch ihren politischen Freunden im bürgerlichen Lager, zu kompromittieren. So führten sie beide Male geschickt und ohne unnütze Schärfe den Bruch mit den neuerworbenen Bundesgenossen herbei.

Wie in der Zwischenzeit, so hat es auch auf den Parteitagen an einer entschiedenen Grenzziehung gegen links nicht gefehlt. Eine Entschließung des Augsburger Parteitages besagt, daß ein gemeinsames Vorgehen mit den Kommunisten erst möglich werde, wenn sie die Republik ohne Einschränkung anerkennen. In Gera formulierte Herß die Stellung der Parteien dahin, daß die kommunistischen von den sozialistischen Arbeitern nichts, die kommunistischen Führer von den sozialistischen ihre Verantwortungslosigkeit trennt. In Ansehung der gemeinsamen Tagesinteressen der Arbeiterschaft, ihrer Stellung zur Republik und Reaktion, ihrer Klassenlage, ist das sicherlich richtig; auch das ferne Ziel ist das gleiche; der Unterschied liegt in der Beurteilung der taktisch möglichen Mittel.

Was die Stellung gegenüber den bürgerlichen Parteien anbelangt, so bleibt trotz des Machtzuwachses der Einigung die Bereitschaft zu einer Koalition mit bürgerlichen Parteien, die ja eine Notwendigkeit für die politische Mitwirkung ist, unvermindert bestehen. Ein Antrag auf der Tagung der Unabhängigen, der die Koalition mit der Volkspartei grundsätzlich vermieden haben wollte, wurde als praktisch unwesentlich und unmöglich später wieder zurückgezogen. Doch scheint die Neigung, mit dieser Partei zusammen in einer Koalition zu arbeiten, vor der Hand nicht groß.

Die Beschlüsse der Parteitage bringen nichts eigentlich Neues. Sie sind fast durchweg die weitere, doch nicht verschärfte, Ausgestaltung von Forderungen aus dem Aktionsprogramm. Radikal und umfassend ist die Entschließung zur augenblicklichen wirtschaftlichen Notlage, worin die schärfste Bekämpfung von Spekulation und Wucher und eine drastische Einschränkung des Verbrauchs gefordert wird — bedeutsam ist die Forderung, daß alle sozialistischen Bestimmungen durch paritätisch zusammengesetzte Verordnungsorgane erlassen werden sollen. Weitere Beschlüsse betreffen den erwünschten Beitritt Deutschlands zum Völkerbund, richten sich gegen die Reparationspolitik der Alliierten und fordern die Republikanisierung von jeder Art Staatsbeamtschaft.

Es steht dem Geschichtsschreiber des Tages frei, aus der Fülle von Äußerungen der vielen Redner auf den beiden Parteitagen diese oder jene, die vielleicht sogar einen besonderen Beifall der Hörer gefunden hat, als symptomatisch herauszu-

heben und, je nach Einstellung, Stimmung und Wunsch, danach eine Radikalisierung oder das Gegenteil, eine Neuentwicklung oder einen Rückfall zu konstatieren. Die verschiedenen Äußerungen aber, die neben der großen und ein wenig behutsam behandelten Frage der Einigung nichts hervorragend Wichtiges, nur Beiläufiges, betrafen, und der ganze Charakter solcher repräsentativen Massenschauspiele scheinen uns wenig dazu

tauglich, wirkliche Wandlungen widerzuspiegeln. Es gehört ein schärferes Auge und ein feineres Ohr dazu, sie in den mehr anonymen Regungen innerhalb des Ganzen zu bemerken. Immerhin sei, mit aller gebotenen Vorsicht, die Bemerkung gestattet, daß, trotz aller starken Worte über die Schwierigkeit der wirtschaftlichen Situation, den Führern heute ein stärkerer Optimismus zu eignen scheint als den Massen. *Dr. Erwin Topf*

## Die Wohnungsnot und der schwankende Geldwert II

Nun ist allerdings die deutsche Mieterschutzpolitik erwachsen aus der Auffassung: Mieten gehen nicht zurück, denn sie werden hoch gehalten vom Realkredit, der seine Beleihungsgrenze an die Miethöhe bindet. Praktisch hat das, von Ausnahmen abgesehen, vor dem Kriege zugetragen in einer Zeit, wo Wohnungsüberfluß eine fast vollkommen unbekannte und höchstens einmal ganz vorübergehende Erscheinung war. Eine Ursache war das Wechselspiel zwischen Mietpreis, Baukosten und Baulandpreis, das seinerseits wieder nur möglich war, solange man der Entwicklung der Baulandpreise vollkommene Freiheit ließ. Diese Entwicklung wird sich sehr wohl in gewissen Grenzen binden lassen.\*) Daß der Realkredit die Mietpreise hochhält, gilt nur solange, wie die Beleihungsgrenze wenigstens der ersten Hypothek den Mietpreisstand voll ausnützt. Das ist gegenwärtig in Deutschland noch der Fall, weil die Mietpreise unter dem Mieterschutz stehen, es würde aber nicht mehr der Fall sein, und auch nicht wieder eintreten können, wenn die Mietpreise sich der Geldwertung anpassen. Mag sein, daß der Hausbesitz versuchen würde, die neuen Beleihungsmöglichkeiten soweit wie möglich auszunutzen, aber der Geldmarkt kann da nicht mitgehen. Die Baukosten betragen jetzt nahezu das Hundertfache der Friedenspreise, annähernd müßte sich diese Steigerung auch auf die Mieten und die Hypotheken übertragen, wenn der Realkredit wieder diejenige Grenze gegen Mietrückgänge sein sollte, die er vor dem Kriege war. Es macht heute schon Mühe, die geringen Hypothekengelder für den nicht durch Baudarlehen der Behörden gedeckten Teil unserer Neubauten zu bekommen. Die Neubauten den vollen Baukosten entsprechend aus dem privaten Geldmarkt zu beleihen, wäre schon eine absolute Unmöglichkeit, viel unmöglicher noch natürlich das Nachziehen der Beleihung in den alten Häusern, wo es sich um phantastische Summen von Sparkapital in einer Zeit handeln müßte, welche zu allem andern eher imstande ist, als dazu, Geld zu sparen. Was in aller Welt einen Hausbesitzer zwingen soll, seine Wohnungen lange leer stehen zu lassen, anstatt den Mietpreis etwas zu senken, ist nicht einzusehen. Auch ein Käufer fragt ja nicht nur nach den theoretischen Mietpreisen, sondern sieht ebenso darauf, ob die Wohnungen gut vermietet sind. Gewiß, es handelt sich hier, verglichen mit den Verhältnissen der Gegenwart, um reine Theorie, aber eine Theorie, die ebenso von heute auf morgen praktisch werden kann, wie es in diesen Zeiten des schwankenden Geldwertes manchen anderen Theorien gegangen ist. Sollte wirklich ein Wohnungsüberfluß eintreten, was sicher nicht unmöglich ist, so wird der Wettbewerb der alten Häuser die neuen ohne Zweifel um ihre Verzinsung bringen.

Wir leben in einer Periode fallenden Geldwertes. Ob sie einmal wieder durch eine rückläufige Bewegung, welche die Mark nach oben führt, abgelöst werden wird, kann niemand prophezeien. Die Möglichkeit vollkommen außer acht zu lassen, wäre für den, den die rückläufige Bewegung mit schwerem Schaden treffen müßte, Leichtsinns. Was heute an Wohnungen

gebaut wird, kann sehr wohl einmal in eine Zeit steigenden Geldwertes hineinkommen. Und dann gilt selbst ohne daß Wohnungsnot eintritt, die gleiche Gefahr wie von dem Wettbewerb der alten Wohnungen auch von denen der billigeren neuen. Solange das Geld nicht wieder in vollem Sinne zu Geld wird, d. h. ein festes Verhältnis zu der Ware und zur Arbeit bekommt, solange bleibt diese Gefahr bestehen und muß vor allen Dingen auf den Wohnungsbau lähmend einwirken. Und mehr noch als auf den Wohnungsbau muß sie auf den Realkredit wirken. Wenn der Unternehmer schließlich sein eigenes Geld in das Wagnis steckt, so steckt die Sparkasse oder die Versicherungsanstalt oder die Hypothekbank Geld hinein, das ihr von anderen anvertraut ist, und dessen Mündelsicherheit unter keinen Umständen ins Schwanken geraten darf. Überlegungen dieser Art zwingen den Realkredit zu natürlicher Zurückhaltung. Der Streit der Meinungen geht in der Öffentlichkeit nun in erster Linie dahin, ob diese Zurückhaltung berechtigt ist oder nicht. Diese Frage scheint mir falsch gestellt. Vernünftigerweise wird man fragen müssen, wie weit die Zurückhaltung berechtigt ist. Es gibt Beleihungsanstalten, die heute grundsätzlich nur um wenige Prozent über friedensmäßige Festsetzungen hinausgehen. Sie werden also damit rechnen, daß der Geldwert sich einmal wieder fast ganz auf den Friedensstand zurückbilden kann. Andere wieder gehen auf das Vierfache, das Siebenfache, das Zehnfache. Man kann nicht sagen, welcher Standpunkt der richtige ist. Es ist ein allgemeines Rätselraten, erleichtert hin und wieder dadurch, daß eine verhältnismäßig hohe Beleihung mit einer ebenfalls hohen Tilgung verbunden wird, was natürlich die Lasten für die Mieter erhöht.

Noch stärker fast als die notwendige Zurückhaltung bei den Schätzungen zwingt den Realkredit der tatsächliche Geldmangel zur Zurückhaltung. Auch der Erwerb einer festen Geldforderung, z. B. eines Hypothekenspfandbriefes, ist heute eine Spekulation und zwar eine solche auf die Stabilität der Mark oder auf ihr Steigen. Sinkender Markwert bedeutet Verlust für den Besitzer fest verzinslicher Papiere. Der Markt der Pfandbriefe verzeichnet diesen Zustand als eine fast vollständige Unmöglichkeit des Absatzes. Es ist schon oben darauf hingewiesen, wie schwierig es zurzeit ist, Beleihungsgelder zu bekommen. Welche Rolle unsere Steuergesetzgebung dabei spielt, kann hier offen bleiben. Im Grunde handelt es sich um eine in das Gewaltige übertragene Parallele zu jenen Vorgängen, die Rudolf Eberstadt als die eigentlichen Ursachen der Baukrisen bezeichnete, nämlich um die Abwendung des Kapitals vor den fest verzinslichen Werten, solange die Anlage in Aktien einen besseren Gewinn verspricht. Wer heute Papiere kauft, hofft auf Kurssteigerungen, die die Pfandbriefe nur in ganz bescheidenem Maße versprechen können.

Die Schwierigkeit, Hypotheken zu bekommen, hat noch einen dritten Grund, der ebenfalls aus der Geldwertung abzuleiten ist. Wir sehen gerade in den letzten Monaten mehr und mehr, daß alles verfügbare Kapital aufgezehrt wird. Geldversteifung und Kreditnot nehmen einen immer größeren Um-

\*) Vgl. dazu u. a. die Richtlinien des Ausschusses für Wohnungswesen beim Reichsarbeitsministerium („Reichsarbeitsblatt“ 1922).